

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.443.305

Wien, am 14. August 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Steger, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Juni 2023 unter der Nr. **15353/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Abstimmungsverhalten auf EU-Ebene“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 18:

1. *An welchen Sitzungen des Rates der Europäischen Union haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort im Verlauf der XXVII. Gesetzgebungsperiode teilgenommen?*
2. *Wie haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort bei den die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten im Rahmen dieser Sitzungen jeweils abgestimmt? (Bitte um tabellarische Aufstellung all dieser Tätigkeiten, deren genauer Bezeichnung, des Datums der jeweiligen Sitzung sowie des Abstimmungsverhaltens Österreichs und aller anderen EU -Mitgliedstaaten)*
3. *Wie haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort eine Zustimmung bzw. Ablehnung jeweils konkret begründet?*

4. Welche konkreten Änderungsvorschläge im Sinne der Interessen Österreichs haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort in der jeweiligen Sitzung hinsichtlich der die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten jeweils eingebracht?
5. Mit welchen konkreten Änderungsvorschlägen konnte sich Österreich hierbei jeweils durchsetzen?
6. Aus welchen Gründen konnte sich Österreich im jeweiligen Fall nicht durchsetzen?
7. In welchen konkreten Fällen haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort einer Vorlage zugestimmt, obwohl die von Österreich gemachten Vorschläge keine Berücksichtigung fanden?
8. Aus welchen Gründen erfolgte in Fällen, in denen sich Österreich mit seinen Vorschlägen nicht durchsetzen konnte, dann dennoch eine Zustimmung?
9. In welchen Fällen war als Beschlusserfordernis Einstimmigkeit, qualifizierte oder einfache Mehrheit erforderlich?
10. Inwiefern ist Ihr Abstimmungsverhalten bezüglich der die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten für die Bürger Österreichs transparent einsehbar?
11. Wo ist das jeweilige Abstimmungsverhalten für die Bürger Österreichs konkret aufzufinden?
12. An welchen Sitzungen des Rates der Europäischen Union - welche Ihre Fachbereiche betroffen haben - haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort nicht teilgenommen?
13. Aus welchen Gründen jeweils?
14. Haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort sich bei diesen Sitzungen vertreten lassen?
15. Wenn ja, von wem jeweils?
16. Haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort bei den die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten das Stimmrecht übertragen?
17. Wenn ja, an wen jeweils?
18. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihre Vorgängerin im Ressort bei den die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten im Rahmen dieser Sitzungen votieren lassen?

Für meinen Vollziehungsbereich, der sich aus den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 98/2022, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 3/2022 ergibt, gibt es keine eigenständigen Ratsformationen auf EU-Ebene.

Die Teilnahme der österreichischen Bundesministerinnen und Bundesminister an den jeweiligen Räten erfolgt entsprechend der federführenden Zuständigkeiten nach dem Bundesministeriengesetz 1986.

Die Ergebnisse der Ratssitzungen sind darüber hinaus zum überwiegenden Teil öffentlich einsehbar:

- Transparenz und Zugang zu Dokumenten (<https://www.consilium.europa.eu/de/general-secretariat/corporate-policies/transparency/>)
- Ergebnisse der öffentlichen Abstimmungen (<https://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/public-register/votes/>)
- Sitzungskalender inkl. Liste der Teilnehmenden (<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/calendar/?Category=mee&ting&Page=1&daterange=&dateFrom=&dateTo=2023%2F06%2F19>)

Zudem werden die Berichte über alle Ratstagungen dem Parlament übermittelt.

MMag. Dr. Susanne Raab